

<https://www.facebook.com/Beermann.Maik/photos/a.582152895174643/2061362620586989/?type=3>

**Maik Beermann** ✓  
30. November 2018 · 🌐

Mein Kollege [Hans-Jürgen Irmer](#) aus Hessen und ich haben uns kürzlich mit [Martin Steinhäuser](#) Bundesvorstandsmitglied der [Direktversicherungsgeschädigte e.V.](#) in Berlin zum Austausch getroffen. Wir beide sind der Meinung, dass es dringend Veränderungen in der Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten geben muss. Ebenso muss eine Ungerechtigkeit behoben werden, die durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz aus dem Jahre 2004 entstanden ist. Das Thema ist komplex und umfassend und es mag formaljuristisch auch alles richtig sein - moralisch ist das, was da passiert ist und immer noch nicht geändert wurde nicht. Weil ich diese Ungerechtigkeit beenden möchte, werde ich den Antrag der [Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU](#) auf dem Bundesparteitag der CDU von 07. bis 08.12. in Hamburg unterstützen.



Mehr von Maik Beermann auf Facebook anzeigen

Anmelden oder Neues Konto

Taskbar: MdB Beermann traf ... Maik Beermann - Me... Maik Beermann - ... Dokument1 - Micros... DE



**Maik Beermann** hat 5 neue Fotos hinzugefügt.

8. Dezember um 05:14 ·

In meinem heutigen Redebeitrag auf dem CDU Parteitag habe ich mich für die Abschaffung der Doppelverbeitragung bei der Betrieblichen Altersvorsorge und die Umwandlung von einer Freigrenze zu einem Freibetrag eingesetzt und um Zustimmung des von Carsten Linnemann und der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU gebeten. Viele Gespräche mit dem Verein Direktversicherungsgeschädigte e.V. haben mich überzeugt. 6 Mio Versicherte in Deutschland sind von dieser Doppelverbeitragung betroffen. Das, was 2004 mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz beschlossen wurde war ein politischer Fehler, der korrigiert gehört. Eine Lösung für die Zukunft ist Pflicht, wir sollten aber auch ein Signal an jene setzen, die bereits doppelte Krankenversicherungsbeiträge gezahlt haben. Mit breiter Mehrheit wurde der Antrag vom Parteitag angenommen - ein starkes Signal, jetzt muss umgesetzt werden. [#cdupt18](#)

**Von:** Beermann Maik [<mailto:maik.beermann@bundestag.de>]

**Gesendet:** Freitag, 25. Januar 2019 12:22

**An:** [arnd\\_rueter@web.de](mailto:arnd_rueter@web.de)

**Betreff:** Direktversicherungen

Sehr geehrter Herr Dr. Rüter,

heute wende ich mich erneut in Bezug auf die Thematik der Beitragszahlungen auf **Betriebsrenten** an Sie. **Wir haben keine Betriebsrenten. Diese Behauptung ist aus juristischer Sicht Rechtsbeugung und Verfassungsbruch durch den 12. Senat des BSG und jeweils eine Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes unter Vorsitz Kirchhof. Wer diese Behauptung als Nichtjurist permanent wiederholt ist ein permanenter Lügner.**

Ich habe mich bereits im Mai vergangenen Jahres gemeinsam mit 42 weiteren Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an den damaligen Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder gewandt und um eine inhaltliche Befassung mit diesem Sachverhalt gebeten.

Dabei sind wir auch auf den **Vertrauensbruch**, welchen das 2004 in Kraft getretene GKV-Modernisierungsgesetz, bei **den Betriebsrentnerinnen und Betriebsrentnern** ausgelöst hat eingegangen und sind mit der expliziten Forderung aufgetreten, diese **Ungleichbehandlung zumindest für die Zukunft zu heilen**. Neben einer fraktionsinternen Sitzung zum Thema der Doppelverbeitragung, haben sich auch die Parteigremien der CDU und CSU aufgrund dieses Engagements **vermehrt mit dem Sachverhalt auseinandergesetzt**.

**Dieses staatlich organisierte kriminelle Handeln ist kein verniedlichender „Vertrauensbruch“, sondern eine Serie von Verbrechen (Definition nach §12 StGB).**

**Schenken Sie sich Ihr „Engagement“. Kapierten Sie nicht, dass Sie gar nicht gefragt sind?**

*„Es stellt sich für ca. 6 Mio Betrogenen nicht die Frage, welche Lösung sich die CDU oder auch eine andere Partei vorstellen kann. Es stellt sich nur die FRAGE, ob die Politiker bereit sind unseren demokratischen Rechtsstaat wieder herzustellen. Und die ehrliche Beantwortung dieser Frage ist das einzige Thema, an welchem Sie und Ihre Partei (und die anderen Parteien) wirklich zu arbeiten haben. Dazu gehört als etwas wirklich Neues, dass die Parteimitglieder, die in Parteiführung, Legislative und Exekutive eine heraus gehobene Rolle spielen überhaupt bereit sind sich zu informieren bzw. informieren zu lassen. Bisher war diese Bereitschaft jedenfalls extrem unterentwickelt.“*  
**(Zitat aus einer Email an das CDU Präsidium und den CDU Vorstand vom 22.01.2019)**

So hat der CDU-Bundesparteitag Anfang Dezember einen **Antrag der Mittelstandsvereinigung der CDU angenommen**, in welchem die **Halbierung des Beitragssatzes**, sowie die Umwandlung von der bisherigen Freigrenze auf Beitragszahlungen in der gesetzlichen Krankenkasse (GKV) hin zu einem Freibetrag gefordert wurde. **Auch ich habe mich hierbei mit einem Wortbeitrag an der Debatte beteiligt** und konnte gemeinsam mit **meinem Kollegen Carsten Linnemann** hierdurch erreichen, dass entgegen dem Votum der Antragskommission der Antrag direkt angenommen.

**Halten Sie uns wirklich für so dumm, dass Sie meinen uns diese Lüge aufzischen zu können?**

Es wurde der Antrag der Jungen Union C37 angenommen und dieser spricht ganz klar von den „**Beträgen zur privaten Altersvorsorge**“. Herr Wittke sagte sinngemäß: C37 sei sehr umfassend, in ihm seien die anderen Anträge C45, C132, C168 gewissermaßen enthalten. D.h. darin ist auch der Antrag C168 des Kreisverbandes Minden enthalten und dieser verlangt, dass „**die Rückzahlung der bereits erhobenen Beiträge mit Regelung durch eine Ausführungsverordnung**“ zu erfolgen hat.

Sie wollen hier an Ihren Wortbeitrag in der Debatte auf dem Parteitag erinnern, sie wollen ihn sozusagen nach all den Beweisen wissentlich aufwärmen? Auch wir können uns erinnern. Sie sprachen davon, dass die Entscheidungen des Verfassungsgerichts wohl besagen, dass die Verbeitragung **rechtlich in Ordnung sei**, sie sei nur moralisch nicht zu vertreten.

Auch hat sich die bayrische Staatsregierung am 18. Dezember 2018 mit einem gleichlautenden Antrag an den Bundesrat gewandt, welcher in der Sitzung des Bundesrates am 15. Februar behandelt werden wird. Nun gilt es in den kommenden Wochen innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und auch gemeinsam mit dem Koalitionspartner **Handlungsoptionen und Finanzierungsmöglichkeiten** zu eruiieren, um die entsprechenden Anträge und Beschlüsse umzusetzen und **zumindest für die Zukunft** eine Verbesserung der Situation der Geschädigten herbeizuführen.

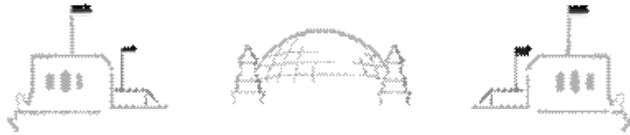
**Sie wollen uns die Halbierung des Beitragssatzes als Fortschritt aufzischen? Das ist der von der SPD übernommene Versuch nichts zurück zu zahlen und uns in Zukunft weiter zu betrügen, aber eben „nur noch um die Hälfte“.** Sie wollen uns mit dieser neuen Variante weiter betrügen. Nach §263 StGB Abs. 2 gilt „der Versuch ist strafbar“ und nach Abs. 3 Nr. 1, 2 und 4 liegt ein „besonders schwerer Fall“ vor.

Nochmals, **Betrüger sind nicht gefragt, Sie sind nicht gefragt.**

Wie Sie sehen, hat Ihr beherztes Eintreten für eine Lösung dieser Thematik dazu geführt, dass auch auf politischer Ebene **entscheidende Schritte** unternommen wurden.  
Ich werde hier auch weiterhin am Ball bleiben und Sie über entscheidende Entwicklungen informieren.  
Ich bitte Sie um Verständnis, dass ich aufgrund der Vielzahl von Zuschriften zu diesem Sachverhalt nicht in der Lage sein werde, individuell auf etwaige Nachfragen Ihrerseits zu reagieren.  
Bis dahin verbleibe ich mit freundlichen Grüßen,

Maik Beermann

Ihr Bundestagsabgeordneter für Nienburg und Schaumburg



Maik Beermann MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Sekretariat:

Telefon 030 / 227 - 74595

Fax 030 / 227 - 76597

Mail [maik.beermann@bundestag.de](mailto:maik.beermann@bundestag.de)

Homepage [www.maik-beermann.de](http://www.maik-beermann.de)



**Newsletter**

Von: arnd\_rueter [mailto:arnd\_rueter@web.de]  
Gesendet: Sonntag, 27. Januar 2019 10:18  
An: 'maik.beermann@bundestag.de'

Cc Mitglieder von Präsidium und Vorstand der CDU

**Betreff:** WG: Direktversicherungen - Die mit dem GMG einhergehende Kriminalisierung der Justiz- Teil I

Herr Abgeordneter Maik Beermann,

Sie haben als Abgeordneter des Deutschen Bundestages folgende Emails erhalten:

27.05.2018 „Staatlich organisierter Betrug auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch“

02.07.2018 „Der Traum der Juristen vom "American Way of Life“

08.08.2018 „Offener Brief an MdB Bärbel Bas & Ralf Kapschack“

19.09.2018 „Zusammenarbeit zwischen GKVen - BMGS - BSG zur Einführung des GMG als Basis für den seit 14 Jahren anhaltenden staatlich organisierten Betrug“

07.10.2018 „juristisches Mundtotmachen - Lügen Betrügen Manipulieren am Rande der Legalität...“

01.11.2018 „Die Lügner verheddern sich im eigenen Lügengebäude“

13.12.2018 „Die GMG-Gesetzgebung eine Serie von Verfassungsbrüchen“

16.01.2019 „Die mit dem GMG einhergehende Kriminalisierung der Justiz- Teil I“

Ich zitiere aus dem Anschreiben vom 16.01.2019:

*„Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,  
die Kernaussage der Zusammenfassung des übersandten Dokumentes „Die mit dem GMG einhergehende  
Kriminalisierung der Justiz - Teil I“ lautet:*

***„Die Kriminalisierung der Justiz nach Einführung des GMG war von Anfang an ein Teil des Planes“***

*Wer von Ihnen angesichts der beigefügten erdrückenden Beweise für diese Aussage in Zukunft immer noch  
„ist doch rechtlich alles durch „allerhöchste Rechtsprechung“ und vom Bundesverfassungsgericht bestätigt“  
von sich geben wird, der wird zukünftig mit voller Berechtigung den Namenszusatz  
„notorischen Lügner“ bzw. „notorische Lügnerin“  
erhalten.*

*Für diejenige Person ist allerdings auch zu prüfen, inwieweit sie in dieser Etablierung mafiöser Strukturen in den drei  
Säulen unserer Demokratie involviert war bzw. ist und als Zahnrad/-rädchen dabei mitwirkt. Dabei wird es kein  
Argument sein, dass diejenige Person damals in 2002-2006 ggf. noch gar nicht in der Politik aktiv war, denn auch die  
Mafia muss ständig für Nachwuchs sorgen. Auch wird es kein Argument sein, wenn die Person nicht in der SPD  
beheimatet ist, denn ab einer gewissen Abstraktionsebene sind Sie ohnehin alle gleich.“*



Zitat D.Hruschka/M.Steinhäuser (**Martin Steinhäuser** ist einer der **SPD-Unterwanderer** des Vereins **DirektVersicherungsGeschädigte e.V.** und Mitglied in dessen Vorstand):

*„Am 29. November 2018 sprach Martin Steinhäuser mit **Maik Beermann** und **Jürgen Imer** – ein in jeder Hinsicht sehr gutes Gespräch.[...]*

*In dem Gespräch wurde auch der Plan entwickelt, alle Delegierten des CDU-Parteitag im Dezember 2018 mit einem Statement aufzurufen, dem Antrag von **C. Linnemann / MIT** zuzustimmen, was die Antragskommission versucht hat zu verhindern, letztlich aber von den Delegierten gebilligt wurde. Beermann und Imer haben uns übrigens gebeten, an einem Konzept Altersvorsorge mitzuarbeiten.“*

Wollen Sie uns ernsthaft weismachen, dass Sie nicht lesen können?

Nach all dem besitzen Sie die Unverfrorenheit, diese „Serien-Email“ (nachfolgend mit meinen Kommentaren) mit gleichem Wortlaut an verschiedene „auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch staatlich organisiert Betrogene“ zu senden?

Sie sind ein notorischer Lügner, Sie sind der **Abgeordnete und notorische Lügner Maik Beermann** bzw. der **notorisch lügende Abgeordnete Maik Beermann**.

Was haben Sie nur für eine Sozialisierung hinter sich? Ist Ihnen das Lügen so in Fleisch und Blut über gegangen, dass Sie gar keine Wahrheiten mehr sehen und nicht mehr anders können?

Lügen Sie im Kreis Ihrer Familie, Ihrer Freunde und Bekannten auch permanent?

Ich fordere Sie ausdrücklich nicht auf, sich zu schämen, denn Sie werden nicht wissen, was das ist.

**Es ist eine Schande für unsere Demokratie, dass so jemand wie Sie im Deutschen Bundestag sitzt und es ist eine Schande für Ihre Partei, die CDU, dass sie so jemand auf die Wahlliste gesetzt hat.**

Dr. Arnd Rüter

(Mitglied der InteressensGemeinschaft der **GMG-Geschädigten** Direktversicherten)



Angehängt Email M. Beermann vom 25.01.2019, KOMMENTIERT 27.01.2019 (s.o.)